

Boyd, William Lowe

Die Politik der freien Schulwahl und marktorientierte Schulreform in Grossbritannien und den Vereinigten Staaten. Wie erklären sich die Unterschiede?

Zeitschrift für Pädagogik 39 (1993) 1, S. 53-69



Quellenangabe/ Reference:

Boyd, William Lowe: Die Politik der freien Schulwahl und marktorientierte Schulreform in Grossbritannien und den Vereinigten Staaten. Wie erklären sich die Unterschiede? - In: Zeitschrift für Pädagogik 39 (1993) 1, S. 53-69 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-111657 - DOI: 10.25656/01:11165

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-111657>

<https://doi.org/10.25656/01:11165>

in Kooperation mit / in cooperation with:

BELTZ JUVENTA

<http://www.juventa.de>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Digitalisiert

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft

Zeitschrift für Pädagogik

Jahrgang 39 – Heft 1 – Januar 1993

Essay

- 3 WALTER HORNSTEIN
Fremdenfeindlichkeit und Gewalt in Deutschland. Über Tabus
in der öffentlichen Thematisierung und über die Notwendigkeit
gesellschaftlichen Lernens

Thema: Schulentwicklung und Bildungsmarkt

- 19 ACHIM LESCHINSKY
Bildung, Ungleichheit und Markt. Zur Einführung in den Themen-
schwerpunkt
- 25 HANS-PETER BLOSSFELD/YOSSI SHAVIT
Dauerhafte Ungleichheiten. Zur Veränderung des Einflusses der
sozialen Herkunft auf die Bildungschancen in dreizehn industrialisier-
ten Ländern
- 53 WILLIAM LOWE BOYD
Die Politik der freien Schulwahl und marktorientierte Schulreform in
Großbritannien und den Vereinigten Staaten – Wie erklären sich die
Unterschiede?
- 71 MANFRED WEISS
Der Markt als Steuerungssystem im Schulwesen?
- 85 FRITZ OSTERWALDER
Schule und Unterricht im ordnungspolitischen Konzept
der klassischen und neoklassischen Ökonomik

Diskussion

- 111 HANS-CHRISTIAN HARTEN
Rasse und Erziehung. Zur pädagogischen Psychologie und Soziologie
des Nationalsozialismus. Ein Forschungsbericht

- 135 ALFRED LANGEWAND
Eine pädagogische Kritik der reinen praktischen Vernunft?
Überlegungen zum Gehalt und historischen Ort von Herbarts
,pädagogischer‘ Kant-Kritik in seiner ,ästhetischen Darstellung
der Welt als Hauptgeschäft der Erziehung‘

Besprechungen

- 159 KLAUS ALLERBECK
Helmut Fend: Vom Kind zum Jugendlichen. Der Übergang und seine Risiken
Helmut Fend: Identitätsentwicklung in der Adoleszenz.
Lebensentwürfe, Selbstfindung und Weltaneignung in beruflichen,
familiären und politisch-weltanschaulichen Bereichen
- 162 DORLE KLIKA
Hannelore Faulstich-Wieland: Koedukation – Enttäuschte Hoffnungen?
Maria Anna Kreienbaum: Erfahrungsfeld Schule. Koedukation als
Kristallisationspunkt
- 166 LOTTE ROSE
Barbara Friebertshäuser: Übergangsphase Studienbeginn. Eine Feld-
studie über Riten der Initiation in eine studentische Fachkultur

Dokumentation

- 171 Pädagogische Neuerscheinungen

Contents

Essay

- 3 WALTER HORNSTEIN
 Hostility to Foreigners and Violence in Germany – On taboos in the
 public debate and the need for social learning

Topic: School Development and Educational Market

- 19 ACHIM LESCHINSKY
 Education, Inequality and Market – An Introduction
- 25 HANS-PETER BLOSSFELD/YOSSI SHAVIT
 Permanent Inequalities – Changes in the impact of social background
 on educational opportunity in thirteen industrial nations
- 53 WILLIAM LOWE BOYD
 The Politics of Choice and Market-Oriented School Reform in
 Britain and the United States: Explaining the Differences
- 71 MANFRED WEISS
 The Market as Control System in Education?
- 85 FRITZ OSTERWALDER
 The Concept of School and Instruction in Classical and Neoclassical
 Economics

Discussion

- 111 HANS-CHRISTIAN HARTEN
 Race and Education – National Socialist concepts of educational
 psychology and sociology: A research report
- 135 ALFRED LANGEWAND
 A Pedagogical Critique of Pure Practical Reason? – Reflections on
 the content and the historical place of J.F. Herbart's "pedagogical"
 critique of Kant in his "esthetic representation of the world as the
 main object of education"

Reviews

159

Documentation

171

WILLIAM LOWE BOYD

Die Politik der freien Schulwahl und marktorientierte Schulreform in Großbritannien und den Vereinigten Staaten*

Wie erklären sich die Unterschiede?

Zusammenfassung

Trotz einiger auffälliger Gemeinsamkeiten und Anzeichen für einen transatlantischen Austausch im Bereich der Schulpolitik bestehen doch recht bedeutende Unterschiede zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten in der Frage der Politik der freien Schulwahl und der marktorientierten Schulreform.

In Großbritannien ist und war Bildungsreform immer sehr viel stärker politisch und ideologisch befrachtet als in den Vereinigten Staaten, wo ähnliche marktorientierte Reformbestrebungen durchaus die Unterstützung beider Parteien gefunden haben. Dies läßt sich zum großen Teil durch nationale Unterschiede in der Gesellschaftsstruktur, der politischen Kultur und der Geschichte und Struktur der jeweiligen Bildungssysteme erklären.

1. Einleitung

Seit 1980 hat die Einstellung der Bevölkerung gegenüber der Bildungspolitik und der Verwaltung von Schulen in fast allen englischsprachigen Ländern einen erstaunlichen Wandel erfahren (BALL 1990; CLARK & ASTUTO 1986; HARMAN, BEARE & BERKELEY 1991; WIRT & HARMAN 1986). Trotz erheblicher Unterschiede in den jeweiligen politischen Traditionen und sozialen Kontexten zeigen sich zwischen diesen Ländern (insbesondere zwischen Australien, Neuseeland, Großbritannien und den Vereinigten Staaten) auffallende Parallelen in den jeweils eingeschlagenen schulpolitischen Wegen und Reformen (BEARE 1991; BEARE & BOYD, erscheint in Kürze). Natürlich sind diese Entwicklungen Teil eines umfassenderen internationalen Musters. Weltweite soziale, wirtschaftliche und technologische Tendenzen haben zu Zwängen (vor allem hinsichtlich der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit und des Arbeitskräftepotentials) geführt, auf die kaum eins der existierenden Schulsysteme eingestellt ist (COOMBS 1985; PLANK & ADAMS 1989). Folglich ist die Reform und Umstrukturierung der Schulsysteme zu einem internationalen Phänomen geworden (BEARE & BOYD, erscheint in Kürze).

In vielen Ländern, vor allem der englischsprachigen Welt, wird die Bildungsreform von der Überzeugung gelenkt, marktorientierte Reformen (d. h. Maßnahmen, die Marktkräfte innerhalb des Bildungssektors freisetzen, im Gegensatz zu Bildungssystemen, die als zentralistisch kontrollierte Regierungsmonopole geführt werden) seien der Schlüssel zu effektiveren und effizienteren Bildungssystemen. Diese Überzeugung ist Zeichen des Triumphs der neokon-

* Übersetzt von Annette Roeder

servativen Kritik des Wohlfahrtsstaates – ein Erfolg, der ironischerweise zum Teil zurückzuführen ist auf die „Widersprüche des Kapitalismus“, wie sie sich in den weltweiten wirtschaftlichen Problemen (Rezession, „Stagflation“) spiegeln, die in der Mitte der siebziger Jahre mit dem Ölembargo der OPEC ihren Anfang nahmen. Die deutlichen Parallelen zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien hinsichtlich des Erfolgs dieser Kritik im Bereich der Bildungspolitik sind in Tabelle 1 (CLARK & ASTUTO 1986) und 2 (BALL 1990) zusammengefaßt. In der Tat hat die Politik der Wertschätzung von Leistung und der freien Schulwahl der bildungspolitischen Debatte ein völlig neues Gesicht gegeben (BOYD & KERCHNER 1988).

Im Anschluß an die Darstellung der auffallenden Ähnlichkeiten zwischen der britischen und der amerikanischen Bildungsreform (gut beschrieben in WHITTY & EDWARDS 1992) untersucht der Autor in einem ersten Schritt (1) die Unterschiede zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten hinsichtlich der Politik der freien Schulwahl und der marktorientierten Schulreform und behandelt dann (2) die bildungspolitischen Implikationen neuerer Entwicklungen. Der Artikel basiert auf neueren Untersuchungen, die in beiden Ländern als Teil eines Fulbright-Forschungsprojektes durchgeführt wurden, das dem Vergleich der von THATCHER und von REAGAN angestrebten und unter ihren derzeitigen Nachfolgern fortgeführten Bemühungen um eine Bildungsreform diente. Entgegen den Erwartungen vieler haben JOHN MAJOR und die Konservativen erneut die Wahl in Großbritannien gewonnen; Präsident BUSH und die Republikaner schienen in der Lage, es ihnen gleichzutun. Es ist möglich, daß in beiden Ländern trotz des Wahlsiegs der Demokraten in der einen oder anderen Form die neokonservative Bildungspolitik noch für einige Zeit fortgesetzt werden wird.

2. Transatlantischer Austausch?

Die Parallelen zwischen den schulreformatorischen Bemühungen der Regierung THATCHER bzw. MAJOR einerseits und der Regierung REAGAN bzw. BUSH andererseits sind tatsächlich weitreichend und nehmen sogar noch zu aufgrund der Stoßrichtung von BUSHs Bildungsstrategie „Amerika 2000“, die er im April 1991 bekanntgab. Einige dieser Ähnlichkeiten sind auf bewußte transatlantische Anleihen in der Bildungspolitik zurückzuführen. So kam etwa KENNETH BAKER zu einem Blitzbesuch in die Vereinigten Staaten, wo er einige der dortigen Magnetschulen besichtigte, was zur Idee der Gründung von City Technology Colleges (CTCs; Städtische Technische Fachschulen) führte. Ebenso wurde der Idee der Partnerschaften oder Verträge zwischen Schulen und Unternehmen, vor allem dem Beispiel des „Boston Compact“, große Aufmerksamkeit in Großbritannien zuteil. Und, um ein jüngeres Beispiel zu nennen, Aspekte des britischen Education Reform Act von 1988 werden in dem Programm „Amerika 2000“ aufgegriffen.

Im Gegensatz zu dem unsystematischen, dezentralisierten Reformansatz in den Vereinigten Staaten wurde und wird die Bildungsreform in Großbritannien zentral gesteuert und mit dem Erlaß des Education Reform Act (ERA) umfassend und systematisch gestaltet. Zahlreiche Kommentatoren haben darauf

verwiesen, daß marktorientierter Wettstreit das zentrale Thema des Reformgesetzes sei, allerdings mit der bemerkenswerten Ausnahme der (in gewisser Weise gegengewichtigen) Komponente des Nationalen Curriculums. Die beiden Hauptkomponenten, die vor allem die Konkurrenz fördern, sind zum einen das, was Hywel Thomas (erscheint in Kürze) den „Schüler-als-Gutschein-Plan“ nennt (freie Schulwahl, wobei die Gelder den Schülern an die jeweilige Schule folgen) und zum anderen Vorkehrungen dafür, daß Schulen sich, sollte die Elternschaft dafür stimmen, von ihrer lokalen Schulbehörde (Local Education Authority, LEA) lösen und zu „Grant Maintained Schools“, zu subventionierten Schulen, werden können, die ihre Gelder direkt von der Landesregierung erhalten. Beide Komponenten setzen die lokalen Schulbehörden einem starken Konkurrenzdruck aus.

In folgenden Punkten zeigen sich inzwischen besonders deutliche Parallelen zwischen Großbritannien und den USA:

- In beiden Ländern werden Reformbemühungen mit der Behauptung vorangetrieben und weitestgehend auch gerechtfertigt, daß besser gebildete Arbeitskräfte benötigt werden, um die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit zu steigern.
- In beiden Ländern verstärken die Reformen gleichzeitig sowohl den Grad der Zentralisierung als auch den Grad der Dezentralisierung der Schulkontrolle. So wird den Schulen selbst in beiden Ländern mehr Entscheidungsgewalt zugesprochen (in den USA spricht man von „School Based Management“ [SBM], in GB von „Local Management of Schools“ [LMS]. Doch gleichzeitig sind neue Zentralisierungskräfte entstanden: das Nationale Curriculum in Großbritannien und die neuen Nationalen Bildungsziele in den USA (eine überraschende und absolut beispiellose Entwicklung, denkt man an die in den Staaten so ausgeprägte Tradition der lokalen Kontrolle des Bildungssektors).
- Beide Länder haben Magnetschulen, Programme zur Förderung der freien Schulwahl sowie Partnerschaften zwischen Schulen und Unternehmen: Die Dinge haben eine seltsame Wendung genommen, denn die britischen City Technology Colleges, die ursprünglich nach dem Muster der amerikanischen Magnetschulen entstanden, gaben sehr wahrscheinlich den Anstoß zu der Initiative der Bush-Administration, private Unternehmen zu bitten, daß sie einen Beitrag zur Förderung der geplanten „Neuen Amerikanischen Schulen“ leisteten.
- Desgleichen fand das britische Projekt der „Assisted Places“ (Geförderte Ausbildungsplätze) sein weniger erfolgreiches Gegenstück in Vorschlägen für bundesstaatliche Gutscheine für benachteiligte Jugendliche aus den Städten in den USA, die diesen den Besuch von Privatschulen ermöglichen sollten. Diese Idee wurde tatsächlich in einer Stadt aufgegriffen – in Milwaukee, Wisconsin.¹

Obwohl das Konzept marktorientierter Reformen in Australien und Neuseeland eingeführt wurde und inzwischen sogar in so unwahrscheinlichen Gegen-

¹ Eine Bewertung des „Assisted Places“-Projektes findet sich in EDWARDS, FITZ und WHITTY (1989).

den wie Schweden auftaucht (seit langem eine Bastion der Idee des Wohlfahrtsstaates), ist das Marktmodell eigentlich in den USA beheimatet. Wenn es allerdings nach den Vertretern des Thatcherismus geht, dann wird dies Modell auch in Großbritannien eine Heimat finden. Tatsächlich ist eine Art Wettlauf im Gange darum, welche dieser beiden Nationen die andere in der Schnelligkeit marktorientierter Reformen schlagen kann. So rief das Magazin *THE ECONOMIST* (1991) in einem Leitartikel vom März 1991, in dem die Vorzüge der radikaleren und umfassenderen Bildungsreformen in England gepriesen wurden, die Vereinigten Staaten dazu auf, mutig und britisch zu sein – „Be Bold, Be British“. Und im Februar 1992 veröffentlichten die Hauptverfechter der marktorientierten Reform in Amerika, JOHN CHUBB und TERRY MOE, einen Artikel im britischen *SUNDAY TIMES MAGAZINE* (im wesentlichen in CHUBB & MOE 1992 nachgedruckt), in dem sie die britische Führung in Bezug auf radikale Reformen anerkannten, in dem sie aber zugleich die Auffassung vertraten – so wie sie es auch hinsichtlich der Vereinigten Staaten getan hatten (CHUBB & MOE 1990) –, daß diese Reformen noch lange nicht weit genug gingen, daß vielmehr alle Schulen „aussteigen“ sollten (d.h. unabhängig werden sollten), so daß die lokalen Bildungsbehörden (Local Education Authorities, LEAs) sich nicht länger in ihre Arbeit einmischen könnten. Auch wenn CHUBBS und MOES Forderungen in den USA nicht in bildungspolitische Maßnahmen umgesetzt wurden, hat doch BUSHs Bildungsprogramm „Amerika 2000“, dessen Ziel die „Wiedererfindung der amerikanischen Schule“ (durch die Gründung von mindestens 535 „Neuen Amerikanischen Schulen“ mit Hilfe von öffentlichen kombiniert mit privaten Geldern) ist, zu einem typisch amerikanischen und – in den Augen mancher Beobachter – recht bizarren Ableger geführt: Eine private Gesellschaft, Whittle Communications, hat ein großangelegtes Projekt zum Bau von mindestens 200 *privaten gewinnorientierten* Schulen im ganzen Land bis zum Jahre 1996 gestartet – ein Plan, der von einigen Kritikern den Namen „McSchools“ erhielt (d. h. Schulen, die den Restaurants der McDonald-Kette gleichen).

Doch handelt es sich hierbei nicht um einen Witz, sondern um ein ernsthaftes Unterfangen. Einige Hauptvertreter der marktorientierten Bildungsreform, insbesondere JOHN CHUBB und CHESTER FINN, gaben ihren Beruf auf, um voll für das WHITTLE-Communications-Projekt zu arbeiten – eine Verpflichtung, die nicht zuletzt mit sich bringt, daß sie die Korridore der Macht in Washington, D.C., für die Hauptgeschäftsstelle von Whittle Communications in Knoxville, Tennessee, aufgeben mußten. In „Big Business Goes to School“ beschreibt FRIEDMAN (1992) die Ausmaße dieses privaten Unterfangens:

WHITTLE schätzt, daß 2,5 bis 3 Milliarden Dollar benötigt werden, um die ersten 200 Schulen in Betrieb zu nehmen. Bis zum Jahre 2010 könnten, nach Meinung der WHITTLE-Unternehmensleitung, 1000 Bildungszentren geschaffen worden sein, die alle mit Kindertagesstätten, Grund- und Sekundarschulen ausgestattet wären (FRIEDMAN, 1992, S. 188).

Bezeichnenderweise hat Präsident BUSH seinen Standpunkt dahingehend geändert, daß er nun nicht mehr wie zunächst nur für eine freie Wahl seitens der Eltern zwischen den verschiedenen öffentlichen (staatlichen) Schulen, sondern auch für eine von der Regierung finanzierte freie Wahl zwischen öffentlichen und privaten Schulen eintritt. Diese Position ist Teil des Bildungsplanes „Ame-

rika 2000“, und sie wurde auch deutlich in der öffentlichen Unterstützung, die sowohl BUSHs Vizepräsident DAN QUAYLE wie auch sein Bildungsminister LE-MAR ALEXANDER einem letztlich erfolglosen Antrag auf ein Gutschein-Projekt für Privatschulen Ende 1991 im Staate Pennsylvania zukommen ließen.

3. *Getrennt durch eine gemeinsame Sprache?*

Trotz der vielen Parallelen und der gemeinsamen Sprache haben einige der Schlüsselbegriffe und -konzepte der marktorientierten Bildungsreform für „Tommies“ und „Amis“ nicht die genau gleiche Bedeutung. Beide Nationen sind, wie WINSTON CHURCHILL zu sagen pflegte, „getrennt durch eine gemeinsame Sprache“. Die wichtigsten der übergreifenden Faktoren, die eine Reform prägen und die sich von Nation zu Nation unterscheiden, sind wohl (1) der sozialgeschichtliche Kontext, (2) die politische Kultur, (3) Ideologie und Paradigmen und (4) Herrschaftsstrukturen. Offensichtlich unterscheiden sich trotz eines (gewissen) gemeinsamen Erbes Großbritannien und die Vereinigten Staaten erheblich in diesen Dimensionen. Und wegen dieser Differenzen, insbesondere in den ersten drei Bereichen, verweisen freie Schulwahl und marktorientierte Reformen in den beiden Ländern auf recht unterschiedliche Bedeutungen und Implikationen. Daraus ergibt sich, daß einer der auffallendsten Unterschiede zwischen den beiden Ländern darin besteht, daß diese Reformen in Großbritannien sehr viel stärker politisch und ideologisch befrachtet waren und sind.² Im Gegensatz dazu haben sie in den USA große Unterstützung von allen Parteien erhalten, insbesondere seitens der demokratischen und der republikanischen Gouverneure. Interessant daran ist u.a. auch, daß genau der Punkt, der in Großbritannien den Kern der ideologischen Auseinandersetzung ausmacht – die Verlagerung auf Marktkräfte und Konsumentenkontrolle –, auch in den USA präsent ist, dort bisher jedoch kaum Groll heraufbeschworen hat. Allerdings – und das ist sehr wichtig – wurde dieser Punkt (bis vor kurzem) auch nur in einer verdeckteren Form angesprochen und bildete nicht den Kern jeglicher Aktivitäten, wie etwa im Falle des britischen Reformgesetzes ERA, (mit Ausnahme natürlich des „National Curriculum“).

In seinen Ausführungen zu den Wurzeln und Implikationen des Educational Reform Act von 1988 schließt BRIAN SIMON (1989, S. 29) mit einer Betonung

„der ideologischen Auseinandersetzungen, die die gesamte Initiative begleiteten. Diese bezogen sich darauf, daß die Regierung sich auf Marktkräfte und Wettbewerbsmechanismen als Hauptmotivationen für einen Wandel stützte – wie Kenneth Baker wiederholt betonte – und nicht auf das Konzept der gleichen Versorgung aller mit einem öffentlichen Gut (Bildung) –, ein Konzept, das notwendig die Einrichtung örtlicher Behörden vorantreiben wird und das daher nach Kooperation verlangt. Diese beiden Prinzipien stehen sich nun gegenüber, und je nach dem, welches von ihnen sich durchsetzt, wird mit sehr unterschiedlichen Ergebnissen zu rechnen sein.“

2 Der größte Teil der Literatur zur britischen Schulreform ist aggressiv gehalten, wie zum Beispiel ein Vergleich der Beschreibungen der britischen Reform in BALL und WHITTY (1990) und in FRANCIS (1990) mit der amerikanischen Reform in MURPHY (1990) oder in BOYD und KERCHNER (1988) zeigt.

Desgleichen verdeutlicht HYWEL THOMAS (erscheint in Kürze, S. 26) die Spannung zwischen Kooperation und Konkurrenz, wenn er bezüglich der durch das Reformgesetz erzeugten Dynamik fragt: „Werden die Schulleiter und Rektoren zu Unternehmern und Piraten?“ Und in einem Glanzstück britischen Understatements schreibt BRIAN SIMON – erneut im Zusammenhang mit der Bildungsreformakte von 1988: „Eine ‚radikale‘ Maßnahme, die auf ihrem Gang durchs Parlament fast einstimmig und auf das Heftigste von allen Parteien, bis auf die regierende, sowie von den direkt Betroffenen (örtliche Behörden, Lehrer, Elternverbände u.a.) bekämpft wurde, wird – sollte sie durchgesetzt werden – vermutlich zu einem hohen Maß an Konfrontation führen“ (SIMON 1989, S. 24).

Warum gibt es also in diesem Bereich so erhebliche Unterschiede? Zunächst einmal wird in Großbritannien die Neigung, Dinge zu politisieren – ein Trend, der durch die von THATCHER vertretene schroffe Politik der „Überzeugung“ (im Gegensatz zu „Konsens“) auf ein Höchstmaß gesteigert wurde – durch die dort (anders als in den USA) vorherrschenden größeren Klassenunterschiede und ein ausgeprägteres Klassenbewußtsein gefördert. So betont der britische Politologe DAVID MCKAY in seiner Bewertung des Kontextes amerikanischer Politik das Fehlen einer sozialistischen oder proletarischen politischen Tradition in den USA. Dies ist wiederum im Zusammenhang mit dem amerikanischen Glauben an Gleichheit und soziale Mobilität sowie mit dem „Fehlen einer feudalen und aristokratischen Vergangenheit, einschließlich aller durch solche Strukturen implizierten, tief verwurzelten sozialen Spaltungen“ zu sehen (MCKAY 1989, S. 20).

In Großbritannien neigt man dazu, marktgerechte freie Auswahl im Bildungsbereich mit Privilegien zu assoziieren; mit privaten, unabhängigen Schulen; mit der Tradition der selektiven Grammar Schools; sowie mit Abschaffung des Gesamtschulcharakters der staatlichen Sekundarschulen und einer Wiedereinführung selektiver Schulen. (In Großbritannien ist das Engagement für Gesamtschulen noch recht jung und wenig gefestigt; es besteht erst seit 1965.) Im Gegensatz dazu hat in den USA, die auf keine aristokratische Vergangenheit zurückblicken, sondern vielmehr auf eine lange Geschichte nichtselektiver Gesamtschulen, neben denen nur wenige private Eliteschulen existieren, das Konzept der freien Wahl der Schule weniger elitäre Konnotationen. Auf diesen Zustand Bezug nehmend, äußerte der Labour-Abgeordnete für Holborn und St. Pancras, FRANK DOBSON, im Januar 1991 in einer Rede vor amerikanischen Fulbright-Stipendiaten die Meinung, daß die britische Bildungspolitik geprägt sei durch eine Bewegung, die man die „nationale exklusive Front“ nennen könnte, d.h. durch ein tatsächlich vorhandenes Bestreben, die Bevölkerung durch elitäre Maßstäbe zu spalten.

Neben dem Klassenbewußtsein liegt ein weiterer wichtiger Unterschied zwischen den beiden Nationen in ihrer Ausrichtung auf kollektivistische bzw. individualistische Ansätze. MCKAY (1989, S. 27) vertritt die These, daß „der Amerikanismus sich in nichts deutlicher zeigt als in der Betonung individueller gegenüber kollektiven Handlungen“. Im allgemeinen ist in den Augen der Amerikaner die geringste Kontrolle die beste Kontrolle und „krasser Individualismus“ eine große Tugend. Dieser Individualismus wiederum verbindet sich mit Kapitalismus und Unternehmertum. Der amerikanische Politologe

WALTER DEAN BURNHAM stellt fest: „In einer Gesellschaft und politischen Kultur, die von den Werten des freien Unternehmertums durchtränkt sind, nimmt die Wohlfahrtspolitik einen ungewissen Platz ein. Politische Maßnahmen, die im Grunde eine ‚Sozialhilfe für Unternehmen‘ sind, werden selten als solche von der Öffentlichkeit erkannt, geschweige denn zum Gegenstand weitreichender politischer Auseinandersetzungen. Sozialhilfe für die Armen dagegen hat immer einen gänzlich anderen Stellenwert gehabt“ (BURNHAM 1983, S. 480). Die Neigung der Amerikaner, größere Hoffnung in die Geschäftswelt als in die Regierungsinstanzen zu setzen, wurde erst kürzlich wieder durch die Welle der Unterstützung für den unabhängigen Präsidentschaftskandidaten, den Milliardär H. Ross PEROT, belegt. Dieses Phänomen ist ein Symbol sowohl für die weitverbreitete Unzufriedenheit mit der amerikanischen Politik wie auch der Bereitschaft, die Lösung politischer Probleme von realistisch denkenden Unternehmensführern zu erwarten.

Zusammengenommen helfen diese Überlegungen zu erklären, warum die Akzeptanz von Marktkräften und Wettbewerb innerhalb der Bildungspolitik in den Vereinigten Staaten sehr viel höher ist. So etwas wie THATCHERS Kampagne zur „Schaffung einer Unternehmenskultur“ wäre in den USA völlig überflüssig. LIZ BONDI vertritt eine ähnliche Auffassung:

„Trotz der Ähnlichkeiten zwischen ‚Reaganismus‘ und ‚Thatcherismus‘ bleiben doch erhebliche Unterschiede zwischen den politischen Kulturen der Vereinigten Staaten und Großbritanniens bestehen, die zum großen Teil die konträren politischen Maßnahmen hinsichtlich der freien Schulwahl und der Mannigfaltigkeit des Bildungsangebotes erklären. Das Fehlen einer starken kollektivistischen Tradition in der amerikanischen Politik ist wahrscheinlich der Grund für den Mangel an parteilicher Opposition gegen diese politische Linie: die Betonung der individuellen Freiheit in den Reden der Neuen Rechten in Großbritannien ist in den USA einfach überflüssig, denn der Widerstand gegen dieses Konzept entbehrt dort jeder organisatorischen oder ideologischen Grundlage. Dies hat wiederum zur Herausbildung politischer Initiativen seitens einer Vielzahl politischer Gruppierungen geführt sowie zu politischen Maßnahmen, die einen eher pragmatischen als beherrschenden Charakter haben.“ (1991, S. 18)

Ein weiterer wichtiger Unterschied, der mit der zentralisierten und gesamtschulorientierten Bildungsreform in Großbritannien einerseits und den dezentralisierten und diffusen Ansätzen einer Reform in den USA andererseits zusammenhängt, hat zu tun mit dem Regierungssystem und der Regierungsstruktur. Das britische parlamentarische System erlaubt einer Regierung, die eine starke Mehrheit besitzt, Dinge durchzusetzen, die in dem stärker unterteilten politischen System der Vereinigten Staaten in der Regel erheblicher Kompromisse bedürften. Offensichtlich waren eine ausgeprägte Ideologie und eine „Überzeugungspolitik“ treibende Kräfte der in das Reformgesetz aufgenommenen umfassenden Reformen. Doch das parlamentarische System wie auch zentralistische Tendenzen (besonders ausgeprägt unter der Regierung THATCHER) stehen in scharfem Kontrast zu dem betont föderativen System der USA, zu ihrem konstitutionellen und komplizierten staatlichen System der Kontrolle und Gegenkontrolle sowie zu ihrer Tradition der einzelstaatlichen und lokalen Kontrolle des Bildungswesens. Anstatt auf eine umfassende Bildungsreformakte stützt sich die amerikanische Reform auf eine Mischung aus Kommissionsberichten, unterschiedlichen bundesstaatlichen Gesetzen und

einheimischen Initiativen und Innovationen in (einigen) lokalen Schulbezirken. Natürlich sind die Dezentralisierung und der Facettenreichtum der amerikanischen Reformbewegung nicht gerade überraschend, denkt man an die Zahl von 50 Bundesstaaten und an die lange Tradition einer dezentralisierten, lokalen Kontrolle über die Schulen. (Bildung ist traditionell „eine Aufgabe des Bundesstaates, die lokal erfüllt wird“.)

Wie BRUCE COOPER (1990) bemerkt, hat die Dezentralisierung in den Vereinigten Staaten eine durchgreifende Anordnung marktorientierter Reformen behindert, während diese im extrem zentralisierten politischen System Großbritanniens sehr viel schneller durchgesetzt wurden. Doch andererseits hat eben diese Dezentralisierung des amerikanischen Systems ein Experimentieren mit Wahlfreiheit im Bildungsbereich ermöglicht. Wären die Entscheidungen auf nationaler Ebene zentralisiert worden, wäre nichts passiert aufgrund der häufigen Pattsituationen zwischen der von den Republikanern kontrollierten Exekutive und dem von den Demokraten kontrollierten Kongreß. Dies ist die Realität, die eine Verabschiedung der von BUSH in seinem Projekt „Amerika 2000“ geforderten Gesetze vereitelt hat. Dennoch lebt dieser Plan weiter, denn er gründet sich auch auf (1) bundesstaatliche und lokale gemeinschaftliche Initiativen, die vielerorts sehr enthusiastisch aufgenommen wurden, sowie (2) auf eine ausgeklügelte Initiative des Privatsektors, die New American School Development Corporation (Gesellschaft zur Entwicklung der Neuen Amerikanischen Schule).

Ein letzter wichtiger Unterschied zwischen den beiden Nationen besteht darin, daß – obwohl die Lehrer und Schulen in den USA fast genausoviel Kritik über sich ergehen lassen mußten wie in Großbritannien – die Amerikaner sich seit 1986 sehr stark darum bemüht haben, das Lehrergehalt und den Grad der Professionalisierung des Lehrerberufs erheblich zu erhöhen. In Großbritannien fehlen solche Bestrebungen gänzlich. Wenn der Zeitpunkt kommt, sich anzuschauen, wie Reformen durchgesetzt werden, wird diese Abweichung in der Behandlung der Lehrer wohl von großer Bedeutung sein. GUTHRIE und PIERCE stellen fest:

„Die THATCHER-Regierung hofft nicht nur, Veränderungen im Bildungswesen mit erstaunlich wenig zusätzlichen finanziellen Ressourcen herbeizuführen; sie versucht auch, diese radikalen Ziele ohne große professionelle Unterstützung zu erreichen. Angesichts der geringen zusätzlichen Mittel wird der langfristige Erfolg des THATCHER-Programms im Bildungssektor wesentlich von der Kooperation professioneller Pädagogen abhängen. Es ist jedoch von der politischen Seite her kaum etwas systematisch unternommen worden, um ihr Wohlwollen und ihre Unterstützung zu gewinnen. Die Auseinandersetzungen zwischen der Landesregierung und den Lehrern haben zugenommen und Kritiker der THATCHER-Regierung wie auch einige Lehrervertreter erklären, daß von ihnen verlangt wird, die Schuld am Versagen des englischen Bildungssystems auf sich zu nehmen.“

Wenn die ERA sich schließlich als unzureichend erweist, wenn sie nicht in der Lage ist, den Erfordernissen des menschlichen Kapitals gerecht zu werden, wird die fehlende Bereitschaft, die produktive Unterstützung der Lehrer zu suchen, vielleicht der wichtigste Faktor sein, dem zukünftige Kritiker diesen Fehlschlag zuschreiben werden.“ (1990, S. 202)

Ganz anders, so GUTHRIE und PIERCE, wurde in den USA, „wo die Reformen sehr viel weiter verbreitet, aber weit weniger grundsätzlich sind“, die Kooperation der Lehrer wiederholt gesucht, und viele der Reformer der „zweiten

Phase“ „zielen bewußt darauf ab, den professionellen Status der Lehrer zu heben“ (1990, S. 202).

4. Keine Renaissance ohne Revolution? – Die Entwicklungen seit 1990

Gegen Ende des Jahres 1990 verstärkte sich in den Vereinigten Staaten das Gefühl, daß die Schulreformbewegung – trotz nicht abzustreitender Fortschritte – weit hinter dem zur Sicherung und Förderung des nationalen Interesses notwendigen Maß an Verbesserungen zurückblieb. So schien der Fortschritt in der „Umstrukturierung“, trotz des von der zweiten Welle der Reformbewegung geäußerten Rufs nach einer grundlegenden Umstrukturierung der Schulen, langsam und ungewiß, was zum Teil an einem Mangel an Übereinstimmung über die genauere Form der Umstrukturierung lag. In diesem Zusammenhang wurden immer häufiger Rufe nach umwälzenden Reformen laut.

Eine Reihe von Entwicklungen legte die Vermutung nahe, daß wir uns einer Zeit umfassenderer und radikalerer Reformen nähern. Die Ernennung eines neuen Bildungsministers, LAMAR ALEXANDER, durch Präsident BUSH gab der nationalen Bildungspolitik eine sehr viel dynamischere Stoßrichtung (GIGOT 1991). Als Gouverneur von Tennessee hatte sich ALEXANDER über den Bundesstaat hinaus einen Namen als führender Bildungsreformer gemacht. Als er dann zum Bildungsminister ernannt wurde, umgab er sich mit marktorientierten Reformern und Kritikern des Status quo (DAVID KEARNS, ehemals Vorsitzender der Firma XEROX; DIANE RAVITCH, neo-konservative Bildungshistorikerin) und gleichgesinnten informellen Beratern (DENIS DOYLE, SAUL COOPERMAN und CHESTER FINN, Autor eines neueren Buches mit dem Titel *We Must Take Charge: Our Schools and Our Future*).

ALEXANDER stellte fest: „Eine der Lehren, die wir aus der Bildungsreform der achtziger Jahre ziehen können, ist die, daß wir zu langsam und zu zaghaft waren. Was wir brauchen, ist ein Volksaufstand“ (zitiert nach GIGOT 1991, S. 6). In Einklang mit dieser Ansicht sagte Präsident BUSH anlässlich der Bekanntgabe des von ALEXANDER entwickelten Bildungsplanes „America 2000“: „All denen, die eine wirkliche Verbesserung im amerikanischen Bildungswesen sehen wollen, sage ich: ‚Es wird keine Renaissance ohne eine Revolution geben‘“ (zitiert nach NORRIS 1991, S. 11). Allerdings, so NORRIS (1991), war es BUSHs Ziel, das amerikanische Bildungswesen mit einem Kostenaufwand von nicht mehr als 820 Millionen Dollar über einen Zeitraum von fünf Jahren zu revolutionieren, mit einem Etat also, der geringer ist als die Kosten für einen Stealth-Bomber. Darüber hinaus sollten keine neuen Mittel eingesetzt werden, da die Gelder aus dem bereits bestehenden Budget des Bildungsministeriums kommen würden.

Der neue Plan sah 550 Millionen Dollar für den Bau von 535 neuen Schulen vor – vermutlich eine Schule pro Wahlbezirk der Kongreßabgeordneten –, die zu „rationalen Modellen an Vortrefflichkeit“ bestimmt waren. In einem Vorschlag, der an die City Technology Colleges in Großbritannien erinnert, wurde

die amerikanische Industrie aufgefordert, 150 Millionen Dollar zum Bau dieser Schulen beizusteuern, wofür sie ihrerseits ein Mitspracherecht bei der Gestaltung und dem Lehrplan der Schulen erhalten würde. NORRIS (1991) vermutet, daß dieses neue Schulprojekt eine Art „Bestechung“ sei, um die Zustimmung zu den begleitenden Vorschlägen für größere Freiheit in der Wahl der Schule seitens der Eltern zu gewinnen. (Wie sich herausstellte, lehnte der Kongreß beide Vorschläge ab.) Präsident BUSH schlug vor, in diesem Bereich 230 Millionen Dollar auszugeben, um die Schuldistrikte zu ermutigen, größere Freiheit in der Schulwahl zuzulassen, und er machte erneut den umstrittenen Vorschlag, Bundesgelder für benachteiligte Schüler auch dann auszuzahlen, wenn diese auf private oder gar kirchliche Schulen gingen.

Republikanische Politiker hatten diesen Vorschlag schon zuvor gemacht, er wurde jedoch immer wieder von liberalen Demokraten im Kongreß abgewehrt, die – wie viele städtische Pädagogen auch – befürchten, daß dies einen Exodus in Richtung Privatschulen zur Folge haben könnte, der die ohnehin schon bedenklichen Finanzen und den Status der umstrittenen städtischen Schulen weiter gefährden würde. Tatsächlich war eine der überraschendsten Entwicklungen zu Beginn des Jahres 1991 das Wiederaufleben des Interesses an der Bereitstellung öffentlicher Gelder für den Besuch einer Privatschule. Eine Titelgeschichte von EDUCATION WEEK (OLSON 1991) verkündete, daß „Anträge für die freie Wahl auch privater Schulen auf allen Regierungsebenen wieder auflebten“. Der Artikel hob folgende Punkte hervor: (1) Präsident BUSHS Vorschlag bezüglich finanzieller Anreize für Schulbezirke, die eine Politik der freien Wahl hinsichtlich privater oder staatlicher Schulen verfolgten; (2) einen Antrag bei der Schulverwaltung von Detroit, einigen Privatschulen den Status öffentlicher Schulen zuzusprechen, damit auch sie Anspruch auf öffentliche Gelder haben; (3) eine Entscheidung von Beamten aus Empson, New Hampshire, dahingehend, Grundstückseigentümern, die einem High-School-Schüler den Besuch einer Privatschule finanzieren, Steuernachlaß zu gewähren; und (4) ein weithin propagiertes in Milwaukee durchgeführtes Experiment mit einem staatlich finanzierten Gutschein-Projekt, das Schülern aus der niedrigen Einkommensschicht erlaubt, private nichtkonfessionelle Schulen zu besuchen (im Grunde eine lokale Version des Chapter-1-Gutschein-Vorschlags). Zusammen mit Kampagnen für ähnliche Vorhaben in Pennsylvania und Michigan verwiesen diese Entwicklungen auf einen unerwarteten Zusammenbruch des noch vor kurzem bestehenden Konsenses darüber, daß staatlich geförderte Pläne für eine freie Schulwahl auf öffentliche Schulen beschränkt sein sollten.

Dieser Meinungsumschwung schien in erster Linie auf eine Kombination verschiedener Faktoren zurückzuführen zu sein: auf die Ungeduld angesichts des langsamen Fortschreitens der Reform, auf die Rezeption von CHUBBS und MOES einflußreichem Buch (1990) sowie auf POLLY WILLIAMS führende Rolle im Milwaukee-Projekt (OLSON 1991). Ms. WILLIAMS ist eine Führerin der schwarzen innerstädtischen Bevölkerung und eine ehemals von der Wohlfahrt lebende Mutter, die zur Abgeordneten des Staates Wisconsin gewählt wurde. Sie ist eine klare und dynamische Rednerin, und ihr Eintreten für die Möglichkeit, auch innerstädtischen Familien die Wahl einer Privatschule für ihre Kinder zu lassen, hat diesem Konzept auch außerhalb rechtsgerichteter Kreise

Geltung verschafft. Die Tatsache, daß schwarze, innerstädtische Politiker in Detroit wie auch in Milwaukee die freie Wahl auch privater Schulen unterstützen und daß einige der liberalen Demokraten beginnen, ihren Standpunkt zu überdenken, läßt vermuten, daß es zu einem grundlegenden Wandel kommen könnte.

Da jedoch kirchliche Schulen bei weitem den größten Teil der Privatschulen in den USA ausmachen, hängt die Zukunft des Konzeptes der freien Wahl auch privater Schulen in erster Linie von der Haltung des Obersten Bundesgerichts gegenüber dem First Amendment, dem ersten Zusatz zur amerikanischen Verfassung ab. (In diesem Zusatz ist die rigorose Trennung von Kirche und Staat verfügt.) In der Vergangenheit hat das Gericht immer die Ansicht vertreten, daß das First Amendment es verbiete, öffentliche Gelder für mit der Kirche zusammenhängende Aktivitäten einzusetzen. Doch herrscht im Obersten Bundesgericht heute aufgrund der Ernennungen zu REAGANS Regierungszeit eine konservative Mehrheit. So könnte – wie es in Australien in einer ähnlichen Situation geschah (BOYD 1987) – das Gericht in Zukunft das First Amendment so auslegen, daß öffentliche Gelder an religiöse Organisationen gezahlt werden dürfen, sofern alle Glaubensrichtungen gleich behandelt werden und keine bevorzugt wird. Sollte dies schließlich eintreten, müßte man wirklich von einem grundlegenden Wandel in der Bildungspolitik sprechen. Bislang aber sind die organisierte politische Opposition gegen das Konzept der freien Wahl auch privater Schulen wie auch die rechtlichen Barrieren bei weitem nicht aus dem Weg. Folglich ist die Zukunft noch sehr ungewiß.

5. „Seid mutig, seid britisch“

Wie schon gesagt, veröffentlichte die amerikanische Zeitschrift THE ECONOMIST (23. März 1991) zu dem Zeitpunkt, als der Bildungsminister LAMAR ALEXANDER sich anschickte, die neue amerikanische Bildungspolitik vorzustellen, einen Leitartikel, in dem sie ihn aufforderte, aus der englischen Erfahrung zu lernen: „Sei mutig, sei britisch.“ Sicherlich ist die Schulreform der konservativen britischen Regierung mutig. Doch von einem typisch amerikanischen Standpunkt aus scheint sie auch unausgewogen zu sein. Der Durchschnittsamerikaner muß sowohl um Gleichheit bemüht sein als auch um Vortrefflichkeit und Effizienz. Die Frage der Gleichheit ist Bestandteil des amerikanischen Systems, festgehalten in den rechtlichen Garantien der Bill of Rights und im vierzehnten Verfassungszusatz (Fourteenth Amendment), der allen amerikanischen Staatsbürgern „gleichen Rechtsschutz“ und „rechtliches Gehör“ zusichert. Die amerikanischen Politiker müssen sich dieser Aspekte bewußt sein, wenn sie neue Gesetze machen. In Großbritannien werden konservative Politiker nicht durch ähnliche Vorkehrungen von ihrem Ziel der Effizienz abgebracht. Aufgrund einer starken Mehrheit im Parlament können Tory-Minister ihre Ziele mit einem solch ungehinderten Eifer verfolgen, daß die amerikanischen Kongreßabgeordneten sie darum nur beneiden können.

Obwohl die konservative Regierung unter JOHN MAJOR moderater ist als unter MARGARET THATCHER, verfolgt sie doch weiterhin eine marktorientierte, von THATCHER geprägte Bildungspolitik, die nur wenig von Fragen der Gleich-

heit beeinträchtigt wird.³ In den Vereinigten Staaten neigen sogar Befürworter von Systemen freier Schulwahl wie etwa COONS und SUGARMAN (1978) oder CHUBB und MOE dazu, sich mit Sicherheitsvorkehrungen gegen die offensichtlich Ungleichheit verursachenden Folgen von völlig ungesteuerten Systemen abzumühen und sie in ihre Konzepte einzubauen. Dies scheint in England nicht der Fall zu sein.

Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß das britische Reformgesetz von 1988 (ERA) den marktorientierten Wettstreit zwischen Schulen betont. Die beiden Hauptkomponenten, die vor allem die Konkurrenz fördern, seien hier noch einmal genannt: (1) der „Schüler-als-Gutschein-Plan“ (freie Schulwahl, wobei die Gelder den Schülern an die jeweilige Schule folgen) und (2) Vorkehrungen dafür, daß Schulen sich, sollte die Elternschaft dafür stimmen, von ihrer lokalen Schulbehörde (Local Education Authority, LEA) lösen und zu „Grant Maintained Schools“, zu subventionierten Schulen, werden können, die ihre Gelder direkt von der Landesregierung erhalten.

Obleich die Vereinigten Staaten keinen Plan entwickelt haben, der dem Projekt staatlich subventionierter Schulen gleicht, setzen sich CHUBB und MOE (1990) tatsächlich doch für ein großangelegtes Vorhaben ein, das es auch amerikanischen Schulen ermöglichen soll, „auszusteigen“. Aber im Gegensatz zur britischen Strategie würde ihr Vorschlag darauf abzielen, daß die Politiker auf Bundesstaatenebene ihre Schulen aus gegebenen staatlichen Systemen einer demokratisch kontrollierten Leitung von Schulbezirken lösen, zugunsten eines marktgetriebenen Systems von staatlich unterstützten öffentlichen und privaten Schulen. Die voraussichtlichen Folgen sowohl des von CHUBB und MOE vertretenen Planes wie auch des britischen Subventionsprojektes allerdings werden vergleichbar sein. In beiden Fällen werden die Schulen einer kommunalen demokratischen Leitung entzogen, und gemeindeweite Planung wird durch die „unsichtbare Hand“ des Marktes ersetzt. Beunruhigend insbesondere im Hinblick auf die britische Entwicklung ist das mögliche Wiederaufleben des ungleichen, zweigleisigen Systems der selektiven Grammar Schools und der Secondary Modern Schools (einer Kombination von Real- und Hauptschule). Im Verlaufe des Jahres 1991 drängte der britische Bildungsminister KENNETH CLARK nicht nur alle Schulen auszusteigen (und er bot attraktive finanzielle Anreize dafür), sondern er entschied auch, die frühere Regelung zu lockern, die gerade ausgestiegene Schulen daran hindern sollte, ihren Status (vermutlich von dem einer Comprehensive School zu dem einer selektiven Grammar School) innerhalb der nächsten fünf Jahre zu ändern. Die Vertreter des Egalitarismus befürchten, daß dies eine schleichende Privatisierung staatlicher Schulen bedeute sowie eine mögliche Wiedereinführung von Selektion und Elitedenken. Die Verfechter der Regierungspolitik antworten darauf, daß die Möglichkeit des Aussteigens der Schlüssel zur Befreiung der Schulen sei und sie effizienter, effektiver und handlungsfähiger machen würde.

Politiker auf beiden Seiten des Atlantik täten gut daran, die sich in Großbritannien langsam ansammelnden empirischen Untersuchungen zur freien Schulwahl genau zu studieren. Diese bieten zum ersten Mal systematische und

³ Als Beleg für diese Behauptung s. BALL (1990), BALL und WHITTY (1990) sowie WHITTY und MENTER (erscheint in Kürze).

umfangreiche Daten darüber, was passiert, wenn auf dem Prinzip der freien Schulwahl basierende Projekte mit bestimmten Charakteristika eingeführt werden. In Schottland wird seit 1982 eine Politik der freien Schulwahl seitens der Eltern verfolgt, die der mit der ERA für England und Wales vorgesehenen Regelung gleicht. Dort durchgeführte Studien (ADLER, PETCH & TWEEDIE 1989; ECHOLS, MCPHERSON & WILLMS 1990) bieten einen wichtigen Prüfstein für die der ERA zugrundeliegenden Annahmen. Einige der von ADLER, PETCH und TWEEDIE veröffentlichten Ergebnisse stellen diese Annahmen in Frage:

- Für die Mehrzahl der Eltern bedeutete die freie Schulwahl, eine zufriedenstellende Alternative zur Bezirksschule zu finden, nicht aber eine optimale Auswahl aus einer großen Zahl möglicher Schulen zu treffen.
- In der Suche nach Schulen für ihre Kinder lassen sich Eltern sehr viel mehr von geographischen und sozialen Faktoren, wie z. B. Länge des Schulwegs und Schuldisziplin, sowie vom allgemeinen Ruf einer Schule beeinflussen als von pädagogischen Überlegungen.
- Insgesamt waren die Schulen, die die meisten Schüler für sich gewannen, jene, die ehemals zu den selektiven Schulen in mittelständischen Gegenden zählten, während die Schulen, die die meisten Schüler verloren, jene waren, deren Einzugsbereich in Wohnungsprojekten der Kommunalbehörden in unterprivilegierten Randbezirken lagen.
- Es gibt zahlreiche Belege für herdentriebartige Mechanismen und nur wenige Hinweise darauf, daß der Markt als sich selbst korrigierender Mechanismus funktioniert. (ADLER 1990, S. 4–5)

Obwohl ADLER (1990) zu dem Schluß kommt, daß zu den Folgen der freien Schulwahl durch die Eltern in Schottland auch ein weniger effizienter Einsatz der Mittel zählt sowie eine Zunahme der Ungleichheiten zwischen Schulen und das Wiederauftauchen eines zweigleisigen Systems von Sekundarschulen in den Großstädten, ist er dennoch der Ansicht, daß man nicht völlig auf ein solches System verzichten solle, sondern vielmehr die Politik so ändern müsse, daß diese unerwünschten Konsequenzen vermieden würden.

6. Schlußbetrachtung

Trotz der erheblichen Unterschiede experimentieren die Vereinigten Staaten und Großbritannien doch mit vergleichbaren marktorientierten Taktiken, um ihre Schulen grundlegend umzustrukturieren und zu verbessern. In den USA wächst die Unterstützung für mutige, ja sogar revolutionäre Maßnahmen zur Verbesserung des Schulsystems; doch durch die im politischen System Amerikas verankerte Machtverteilung und ihre Kontrollinstanzen werden eher allmähliche als radikale Veränderungen gefördert. Allerdings hat das Oberste Bundesgericht den Joker in der Hand, denn ihm ist die Möglichkeit gegeben, den ersten Verfassungszusatz (First Amendment) bezüglich der Trennung von Staat und Kirche neu auszulegen. Sollte diese Karte jemals gespielt werden, wird sie neue Spielregeln setzen, und die amerikanische Bildungspolitik könnte ein „mutiges und britisches“ Gesicht annehmen.

Tabelle 1: Begriffe zur Charakterisierung der nationalen Bildungspolitik vor und nach 1980	
Begriffe vor 1980	Äquivalente Begriffe nach 1980
1. Gleichheit	1 a. Wertschätzung von Leistung; Leistungsanforderungen; individueller Wettstreit
2. Bedürfnisse und Zugang	2 a. Fähigkeit; Selektivität; Mindestanforderungen
3. Soziale und Wohlfahrtsbelange	3 a. Wirtschaftliche und Produktivitätsbelange
4. Gemeinsame Schulen	4 a. Freie Schulwahl seitens der Eltern; institutioneller Wettbewerb
5. Verordnungen, Zwang	5 a. Aufhebung der Kontrolle
6. Eingriffe der Zentralregierung	6 a. Einzelstaatliche und lokale Initiativen
7. Diffusion von Innovationen	7 a. Beraten; Informieren
Quelle: D.L.CLARK & T.A.ASTUTO: The significance and permanence of changes in federal educational policy. In: EDUCATIONAL RESEARCH, 1986, Oktober, S. 5.	

Tabelle 2: Polaritäten der Neuen Rechten	
Heilig	Profan
Freie Schulwahl seitens der Eltern	Produzentenkontrolle
Rechenschaftspflicht	Das Bildungsestablishment
Kulturelles Erbe	Neue Fächer
Tradition	Multikulturalismus/Relevanz/Minderheitensprachen
Politische Einheit	Politisiertes Curriculum
Die Familie	Sozial- und Gesundheitserziehung
Latein und Griechisch	Sozialkunde/Friedenserziehung
Ordinary und Advanced Levels (Mittlere Reife und Abitur; traditionelle, zentralisierte Prüfungen)	General Certificate of Secondary Education (GCSE; dezentralisierte Sekundarschulprüfungen)
Zeitlich festgelegte Abschlußprüfungen	Fortlaufende Beurteilung der Kursarbeit
Privatisierte Prüfungen	Lehrerbildung/Professionalismus
Grammar Schools (Gymnasien)	Comprehensive Schools (Gesamtschulen)
Selektion	Heterogene Lerngruppen
Rechte des Schülers	Zentrale Machtstrukturen
Marktkräfte/Aussteigen	Lehrergewerkschaften/Dienstleistungen der lokalen Schulverwaltungen (LEAs)/-berufsbegleitende Ausbildung
Aussteigen/unabhängige Schulen	Lokale Schulverwaltungen (LEAs; und insbesondere die Inner London Educational Authority)
Quelle: STEPHEN J. BALL: Politics and Policy Making in Education. London: Routledge, 1990, S. 45.	

Literatur

- ADLER, M.: Parental choice and the enhancement of children's interests. Paper presented at Seminar on Public and Private Choice in Education, Centre for Educational Sociology, University of Edinburgh, March 4, 1990.
- ADLER, M./PETCH, A./TWEEDIE, J.: Parental choice and educational policy. Edinburgh: Edinburgh University Press 1989.
- ALVES M.J./WILLIE, C. V.: Controlled Choice Assignments: A New Approach to Desegregation. In: *Urban Review* 19 (1987), S. 67–86.
- BACON, K. H.: Liberals are joining conservatives in urging use of freemarket philosophy to reform schools, *Wall Street Journal*, June 5, p. A24, 1990.
- BALL, S. J.: Politics and policy making in education: Explorations in policy sociology. London: Routledge 1990.
- BALL, S. J./WHITTY, G. (Eds.): English education in a new ERA: Urban schooling after the Education Reform Act. Special issue of *The Urban Review* 22 (1990, June), 2.
- BASTIAN, A.: School Choice: Unwrapping the Package. In: W. L. BOYD/H. J. WALBERG (Eds.): *Choice in education: Potential and problems*. Berkeley, CA: McCutchan 1990.
- BEARE, H.: Chapter 1 in G. HARMAN/H. BEARE/G. F. BERKELEY, (Eds.): *Restructuring school management: Administrative Reorganization of public school governance in Australia*. Canberra: Australian College of Education Press 1991.
- BEARE, H./BOYD, W. L. (Eds.): (forthcoming) *Restructuring Schools: An International Perspective on the Movement to Transform the Control and Performance of Schools*. London: Falmer Press.
- BLANK, R. K.: Educational Effects of Magnet High Schools. Paper presented at Conference on Choice and Control in American Education, University of Wisconsin-Madison, May 17–19, 1989.
- BONDI, L.: Choice and diversity in school education: Comparing developments in the UK and the USA. *Comparative Education*. 1991.
- BOYD, W. L.: Balancing public and private schools: The Australian approach and American implications. *Educational Evaluation and Policy Analysis* 9 (1987, Fall), 3, S. 183–198.
- BOYD, W. L.: The Local Role in Education. In: M. ALKIN (Ed.): *Encyclopedia of Educational Research*, 6th edition. New York: Macmillan 1992.
- BOYD, W. L./KERCHNER, C. T.: *The politics of excellence and choice in education*. London: Falmer Press 1988.
- BOYD, W. L./WALBERG, H. (eds.): *Choice in Education: Potential and Problems*. Berkeley, CA: McCutchan Publishing Corp 1990.
- BRIMELOW, P.: American perestroika? *Forbes*, May 14 (1990), S. 82–86.
- BRYK, A. S./LEE, V. E./SMITH, J. B.: High school organization and its effects on teachers and students: An interpretive summary of the research. In: W. H. CLUNE & J. F. WITTE (Eds.) *Choice and control in American education*, Vol. 1. New York: Falmer Press, 1990, S. 135–226.
- BURNHAM, W. D.: *Democracy in the Making*. Englewood Cliffs, NJ: Prentice-Hall 1983.
- CALDWELL, B. J.: Paradox and uncertainty in the governance of education. Paper presented at the annual meeting of the American Educational Research Association, San Francisco, March 29, 1989.
- Carnegie Forum on Education and the Economy: *A nation prepared: Teachers for the 21st century*. Report of the Task Force on Teaching as a Profession. New York: Author 1986.
- Center for the Study of Public Policy: *Education vouchers: A report on financing elementary education by grants to parents*. Cambridge, MA: author 1970 (December).
- CHUBB, J. E./MOE, T. M.: *Politics, markets, and America's schools*. Washington, D.C.: The Brookings Institution 1990.
- CHUBB, J. E./MOE, T. M.: *A lesson in school reform from Great Britain*. Washington, DC: The Brookings Institution 1992.
- CLARK, D. L./ASTUTO, T. A.: The significance and permanence of changes in federal education policy. *Educational Researcher* (October 1986), S. 4–13.
- COOMBS, PH. H.: *The world crisis in education: The view from the eighties*. New York: Oxford University Press 1985.
- COONS, J. E./SUGARMAN, S. D.: *Education by choice: The case for family control*. Berkeley, CA: University of California Press 1978.

- COOPER, B.: Local school reform in Great Britain and the United States: Points of comparison – points of departure. *Education Review* 42 (1990), 2, S. 133–149.
- CUBAN, L.: Determinants of curriculum change and stability, 1870–1970. In J. SCHAFFARZICK & G. SYKES (Eds.): *Value conflicts and curriculum issues*. Berkeley, CA: McCutchan 1979.
- DOYLE, D.P.: “The excellence movement, academic standards, a core curriculum, and choice: How do they connect?” In: W.L. BOYD & C.T. KERCHNER (Eds.): *The politics of excellence and choice in education*. New York: Falmer Press 1988.
- ECHOLS, F./MCIPHERSON, A./WILLMS, J.D.: Parental choice in Scotland. *Journal of Education Policy* 5 (1990), 3, S. 207–222.
- Economist (March 23, 1991): “Be bold, be British: A lesson for America’s Schools.” Vol. 318, no. 7699, S. 19–20.
- EDWARDS, T./FITZ, J./WHITTY, G.: *The state and private education: An evaluation of the Assisted Places Scheme*. London: Falmer Press 1989.
- ELMORE, R.F.: Choice in public education. In W.L. BOYD/C.T. KERCHNER (Eds.): *The politics of excellence and choice in education*. London: Falmer Press 1988.
- FLIEGEL, S.: Creative non-compliance. In: W.H. CLUNE/J.F. WITTE (Eds.): *Choice and control in American education*, vol. 1. London: Falmer Press 1990.
- FRANCIS, M.: Race and the Education Reform Act. *The Urban Review* 22 (June, 1990), 2, S. 115–129.
- FRIEDMAN, J.S.: Big business goes to school. *The Nation* (1992, Feb. 17), S. 188–192.
- FRIEDMAN, M.: The role of government in education. In: R.A. SOLO (Ed.): *Economics and the public interest*. New Brunswick, N.J.: Rutgers University Press 1955.
- GIGOT, P.A.: Bush team fails the test on school choice. *Wall Street Journal*, June 8 (1990), S. A12.
- GIGOT, P.A.: School reform now turns to revolution. *Wall Street Journal*, April 8 (1991), S. 6.
- GLASS, G.V./MATTHEWS, D.A.: Are data enough? *Educational Researcher* 20 (1991, April), 3, S. 24–27.
- GUTHRIE, J.W./PIERCE, L.C.: The International Economy and National Education Reform: A Comparison of Education Reforms in the United States and Great Britain. *Oxford Review of Education*, vol. 16 (1990), no. 2, S. 179–205.
- HARMAN, G./BEARE, H./BERKELEY, G.F. (Eds.): *Restructuring school management: Administrative reorganization of public school governance in Australia*. Canberra: Australian College of Education Press 1991.
- HAWLEY, W.D.: Missing pieces of the educational reform agenda. *Educational Administration Quarterly* 24 (1988), 4, S. 416–437.
- JENCKS, C.: Is the public school obsolete? *The Public Interest* (1966, Winter), 2, S. 18–27.
- KEARNS, D./DOYLE, D.: *Winning the brain race: A bold new plan to make our schools competitive*. San Francisco: Institute for Contemporary Studies 1988.
- KIRST, M.W.: Who should control the schools? Reassessing current policies. In: T. SERGIOVANNI/J. MOORE (Eds.): *Schooling for tomorrow*. Boston: Allyn & Bacon 1989, S. 62–89.
- MAZZONI, T./SULLIVAN, B.: Legislating educational choice in Minnesota: Politics and prospects. In: W.L. BOYD/H.J. WALBERG (Eds.): *Choice in Education: Potential and problems*. Berkeley, CA: McCutchan 1990.
- McKAY, D.: *American Politics & Society* 2nd edition. Oxford: Basil Blackwell 1989.
- McNEIL, L.M.: *Contradictions of control: School structure and school knowledge*. New York and London: Routledge and Kegan Paul/Methuen 1986.
- McNEIL, L.M.: The politics of Texas school reform. In: W.L. BOYD/C.T. KERCHNER (Eds.): *The politics of excellence and choice in education*. New York: Falmer Press 1988.
- MOORE, D./DAVENPORT, S.: School Choice: The New Improved Sorting Machine. In: W.L. BOYD/H.J. WALBERG (Eds.): *Choice in education: Potential and problems*. Berkeley, CA: McCutchan 1990.
- MURPHY, J. (Ed.): *The Education reform movement of the 1980s*. Berkeley, CA: McCutchan 1990.
- NATHAN, J.: Progress, Problems, and Prospects of State Educational Choice Plans. In: W.L. BOYD/H.J. WALBERG (Eds.): *Choice in education: Potential and problems*. Berkeley, CA: McCutchan 1990.
- National Commission on Excellence in Education: *A nation at risk: The imperative for educational reform*. Washington, D.C.: U.S. Government Printing Office 1983.

- National Governors Association: Time for results: The governors' 1991 report on education. Washington, D.C.: Author 1986.
- NORRIS, B.: A revolution starts with small change. *Times Educational Supplement* (1991), May 3, S. 11.
- OLSON, L.: Proposals for private-school choice reviving at all levels of government. *Education Week* 10 (1991), 22, February 20, S. 1, 10–11.
- PARKINSON, M.: The Thatcher Government's Urban Policy, 1979–1989. *Town Planning Review*, vol. 60 (1989), no. 4, S. 421–440.
- PLANK, D./ADAMS, D.: Death, taxes, and school reform, *Administrator's Notebook*. 1989.
- RAYWID, M. A.: The Case for Public Schools of Choice. Bloomington, In: *Phi Delta Kappa* 1989 (a).
- RAYWID, M. A.: The Mounting Case for Schools of Choice. In: Nathan 1989(b).
- ROTHMAN, R.: Paper launches academic attack on Chubb-Moe book on education. *Education Week*, Vol. 10 (1990), No. 11, November 14, S. 1, 20.
- SIMON, B.: The Education Act, 1988: Origins and Implementation. *The Welsh Journal of Education*, vol. 1 (1989), no. 1, S. 24–29.
- THOMAS, H. (forthcoming): The Education Reform Movement in England and Wales. In H. BEARE AND W. BOYD (eds.): *Restructuring Schools: An International Perspective on the Movement to Transform the Control and Performance of Schools*. London and New York: Falmer Press.
- TYACK, D.: *The one best system*. Cambridge, Mass.: Harvard University Press 1974.
- WALKER, R.: Bush to appoint group to proffer education ideas. *Education Week* (1989), June 14, S. 1 & 17.
- Wall Street Journal: Review & outlook: Teachers vs. kids, (1990), June 6, S. A16.
- WEISMAN, J.: Skills and schools: Is education reform just a business excuse? *Washington Post* 1992 (March 29).
- WHITTY, G./EDWARDS, T.: School choice policies in Britain and the USA: Their origins and significance. Paper presented at the annual meeting of the American Educational Research Association, San Francisco, April 20, 1992.
- WHITTY, G./MENTER, I. (forthcoming): The progress of restructuring. In: D. COULBY and L. BASH (Eds.): *The 1988 Education Reform Act: conflict and contradiction*. London: Cassell.
- WIRT, F./HARMAN, G. (Eds.): *Education recession and the world village*. London: Falmer Press 1986.
- WONG, K. K.: Choice in public schools: Their institutional functions and distributive consequences. Paper presented at Annual Meeting of the American Political Science Association, Atlanta, August 31–September 3, 1989.

Abstract

Despite some striking similarities and evidence of trans-Atlantic policy exchange, there are quite significant differences between Britain and the United States in the politics of choice and market-oriented school reform. Education reform in Britain has been far more politicized and ideologically charged than in the U.S., where similar market-oriented reforms have enjoyed considerable bipartisan support. National differences in social structure, political culture, and in the history and structure of their respective education systems account for much of the difference.

Anschrift des Autors:

William Lowe Boyd, College of Education, The Pennsylvania State University, University Park, PA 16802, U.S.A.